

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/126

6. Juli 1977

"Das Geheimnis ist der kleine Schritt"

Zum ersten Todestag von Gustav Heinemann

Von Willy Brandt
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Seite 1 und 1a / 53 Zeilen

Volkswagenwerk AG als Vorreiter

Mitbestimmungsgesetz muß ausgeschöpft werden

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
und Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD
Seite 1b / 21 Zeilen

Ein Kämpfer für die Demokratie

Wilhelm Blos, dem ersten württembergischen Staatspräsidenten,
zum 50. Todestag

Von Dr. Erhard Eppler
Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg
Seite 2 und 3 / 89 Zeilen

Denn sie wissen nicht, was sie tun

Wir brauchen eine umfassende entwicklungspolitische
Bildungsarbeit

Von Günter Schluckebier MdB
Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit
der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 4 und 5 / 69 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-204
Telefon: 21 99 39/39
Telefax: 06 89 646-46 ppbm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

"Das Geheimnis ist der kleine Schritt"

Zum ersten Todestag von Gustav Heinemann

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor einem Jahr, am 7. Juli 1976, ist Gustav Heinemann von uns gegangen, das erste sozialdemokratische Staatsoberhaupt der zweiten deutschen Republik. Mehr und mehr wird uns bewußt, wie schwer der Verlust ist, den der Tod Gustav Heinemanns für unser immer noch junges Staatswesen bedeutet.

Denn das, wofür dieser untadelige und aufrechte Demokrat einstand, was er vorgelebt hat, tut der Bundesrepublik jetzt ebenso not wie zu seinen Lebzeiten. Daß Demokratie ein Wagnis ist, das täglich neu bestanden werden will - dies hat Gustav Heinemann den Menschen unermüdlich und immer wieder aufs Neue vor Augen geführt -, auf eine unnachahmliche, ebenso stille wie beharrliche Art.

Was Sozialdemokraten immer gewußt haben, hat er durch sein Handeln öffentlich belegt: Demokratie kann nur leben, wenn sie getragen wird von der Bereitschaft der Bürger, für sie einzutreten; dies meint nicht den zum Zerrbild des Bourgeois degenerierten Untertan, sondern den mündigen Staatsbürger, der in der freiheitlichen Tradition unserer westlichen Nachbarländer Citizen oder Citoyen heißt.

Dieses Bild des Bürgers setzt Freiheit in Verantwortung voraus. Als ein Anwalt dieser Freiheit, die das Gegenteil ist von Beliebigkeit, hat sich Gustav Heinemann stets verstanden. Deshalb war es auch keine zufällige Eingebung, sondern tiefinnere Überzeugung, die ihn veranlaßte, die Errichtung der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte in Rastatt zu betreiben. "Freiheit ist im Laufe der Geschichte auch mißbraucht oder nur als Deckmantel für selbstsüchtige Interessen bestimmter Gruppen benutzt worden", sagte

Heinemann vor gut drei Jahren bei der Eröffnung dieser Erinnerungstätte.

Diese Überzeugung bestimmte auch das Handeln des engagierten Juristen. Der Mann, der erst in der Mitte des Lebens zur Sozialdemokratie fand, hat in den knapp drei Jahren seines Wirkens als Justizminister Gesetze vorbereitet und auf den Weg der parlamentarischen Behandlung gebracht, die zu den kostbarsten Errungenschaften unseres Rechtsstaates gehören: die Reform des politischen Strafrechts, die Gleichstellung ausserehelich geborener Kinder und die Vorarbeiten für die Reform des § 218. Dieses letztere Gesetz, eines der wichtigen Reformwerke der sozial-liberalen Koalition, trat nach langwierigen parlamentarischen Beratungen im vergangenen Jahr noch zu Gustav Heinemanns Lebzeiten in Kraft.

Als Jurist, als Politiker und als Christ hat sich Gustav Heinemann nie entmutigen lassen; er war überzeugt, daß das Bemühen um Veränderung, um Reform ein ebenso notwendiges wie mühsames Unterfangen ist. Nach seiner Eidesleistung als Bundespräsident sagte er am 1. Juli 1969: "Wir bleiben in diesem unserem Leben an die relative Utopie einer verbesserten Welt gewiesen, die vernünftigerweise allein das Leitbild unseres Handelns sein kann. Das Geheimnis auch der großen und unwälzenden Aktionen besteht darin, den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, indem er weitere Schritte in Richtung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht. Darum hilft es nicht, das Unvollkommene heutiger Wirklichkeit zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen; laßt uns stattdessen durch Kritik und Mitarbeit die Verhältnisse Schritt für Schritt ändern."

Dies hat uns Gustav Heinemann als Vermächtnis aufgegeben. Die deutschen Sozialdemokraten werden sich dieser Verpflichtung stets bewußt bleiben. Der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis soll mit dazu dienen, die Tugenden in unserem Volke wachzuhalten, die Gustav Heinemann uns vorgelebt hat: Zivilcourage und Bürgersinn, schlichte Würde und unbestechliches Gerechtigkeitsgefühl. (-/6.7.1977/bgy/10)

+ + +

Volkswagenwerk AG als Vorreiter

Mitbestimmungsgesetz muß ausgeschöpft werden

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
und Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD

Mit der gestern erfolgten Wahl des neuen Aufsichtsrates hat die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, die erweiterte Mitbestimmung nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz eingeführt. Damit ist VW das erste deutsche Großunternehmen, das seinen Arbeitnehmern diese erweiterten Rechte einräumt. Es ist zu begrüßen, daß damit VW eine Vorreiterfunktion wahrgenommen hat. Nachdem nunmehr die Wahlordnung für die neu zu bildenden Aufsichtsräte vorliegt, sollten sich auch die übrigen Großunternehmen dem Schritt der Volkswagenwerk AG anschließen.

Das Beispiel von VW ist auch deshalb besonders hervorzuheben, weil offensichtlich durch die Verfassungsklage der Arbeitgeber das Recht auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer erneut in Frage gestellt werden soll. Die Sozialdemokraten stehen zu diesem Gesetz, das einen wichtigen Schritt in Richtung auf die volle paritätische Mitbestimmung darstellt, die weiterhin Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt. Es muß deshalb von den Arbeitnehmern voll ausgeschöpft werden.

Mit der Volkswagenwerk AG ist nunmehr auch das größte niedersächsische Unternehmen "mitbestimmt", nachdem bereits seit Jahren das Montan-Modell der Mitbestimmung bei der Salzgitter AG praktiziert wird. Es muß als ein Erfolg der Sozialdemokraten und Arbeitnehmer in Niedersachsen bezeichnet werden, daß damit die mit Abstand größten Unternehmen des Landes die Mitbestimmung eingeführt haben.

(-/6.7.1977/bgy/lo)

+ + +

Ein Kämpfer für die Demokratie

Wilhelm Bloß, dem ersten württembergischen Staatspräsidenten, zum 50. Todestag

Von Dr. Erhard Eppler

Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Wilhelm Bloß, dessen 50. Todestag zu gedenken ist, gehört zur ersten Generation sozialdemokratischer Politiker. Er war ein Mann des Wortes und der Feder, der, als er gefordert wurde, wohl auch zu entscheiden und zu handeln verstand, der seine Lebenskraft der sozialdemokratischen Partei widmete und doch immer wieder an dieser Partei gelitten hat. Er war ein Mann, der so sehr Demokrat war, daß er glaubte, Sozialdemokrat sein zu müssen.

Im zweiten badischen Revolutionsjahr, 1849, in Wertheim geboren, trat er 23jährig den Sozialdemokraten der Eisenacher Richtung bei und wirkte dann, nach dem Vereinigungsparteitag von Gotha, ein gutes halbes Jahrhundert in der sozialdemokratischen Partei.

So, wie dem geborenen Badenser niemand an der Wiege sang, er werde der erste demokratische Staatspräsident Württembergs und einer der bedeutenden politischen Gestalten des deutschen Südwestens, so gab es auch nichts, was aus der Tradition seiner Familie darauf hindeutete, er werde als ein bedeutender demokratischer Sozialist in die Geschichte eingehen.

Seine journalistische Laufbahn begann 1870 beim "Konstanzer Volksfreund" und führte ihn über den "Schwarzwälder Boten" in Oberndorf, das "Würzburger Journal", das "Fürther demokratische Wochenblatt", den "Nürnberger Anzeiger" im Juni 1872 zu einer sozialdemokratischen Zeitung, dem "Braunschweiger Volksfreund" in Braunschweig, der Stadt seines späteren jahrzehntelangen Wirkens als Reichstagsabgeordneter. 1872 übernahm Wilhelm Bloß mit Adolf Hepner die Redaktion des "Volksstaats" in Leipzig. Innerhalb von gut zwei Jahren der Tätigkeit als Journalist hatte Bloß damit die Stellung eines verantwortlichen Redakteurs beim "Zentralorgan" der sozialdemokratischen Partei erreicht.

Zwölf Jahre Sozialistengesetz trieben Wilhelm Bloß, der seit 1877 Reichstagsabgeordneter war, zurück in den Südwesten. Seine Tätigkeit als Redakteur in Hamburg-Altona führte 1880 zur Ausweisung. Während er immer wieder vom Wahlkreis Braunschweig in den Reichstag entsandt wurde, siedelte er 1883 nach Stuttgart um, nachdem schon vorher sein offizieller Wohnsitz Cannstatt gewesen war.

Obwohl Bloß 1890, also nach Aufhebung der Sozialistengesetze, seinen Braunschweiger Wahlkreis wieder gewann und bis in den Ersten Weltkrieg hinein hielt, fand er sich in der Partei nicht mehr zurecht. Er selbst schreibt: "Mit dem Falle des Sozialistengesetzes war das sogenannte Heldenzeitalter der Sozialdemokratie beendet. Die neugewonnene Bewegungsfreiheit führte zu einem gewaltigen Wachstum der Partei, aber ihre Physiognomie veränderte sich weniger zu ihrem Vorteil... Das innere Parteilieben wurde fast ganz absorbiert durch den unablässigen Streit zwischen 'radikalen' und 'gemäßigten' Elementen. Unter diesen Umständen tat ich, was viele ältere Sozialisten taten: Ich zog mich nach und nach auf mich selbst zurück..."

Daß Wilhelm Bloß sich nicht gerne in innerparteiliche Streitigkeiten verwickeln ließ, kam ihm später, im November 1918 zugute, als sowohl die Mehrheitssozialdemokraten als auch die Unabhängigen sich auf ihn als ersten Mann im Württemberg einigen konnten. Trotzdem hat er nie verschwiegen, wo er stand. Er gehörte zu denen, die ihr Parlamentsmandat nicht ausschließlich als Plattform für die Propagierung der eigenen Ideen verstanden. Parlament war für ihn auch eine

Chance, in jedem Augenblick deutlich zu machen, welcher kleine Schritt, etwa in der Sozialpolitik, jetzt zu tun wäre. Kurz: Blos war in der Praxis, wie die meisten seiner Kollegen, Reformist, auch wenn er für die Thesen Bernsteins nicht viel übrig hatte.

Es liegt wohl in der menschlichen Natur, daß immer wieder das Vergangene als helle Welt erscheint. Württemberg war innerhalb der SPD nie helle Welt. Seit 1908 mußte sich jeder Reichsparteitag mit den Auseinandersetzungen in der schwäbischen Partei beschäftigen. Auf dem Parteitag 1911 sagte z.B. der Hamburger Delegierte Hoffmann, daß Württemberg "unser parteipolitischer Wetterwinkel" sei, wo die Sozialdemokratie noch immer eine sehr schwache Organisation habe. Er fuhr jedoch fort: "Wir sind es ja seit Jahren gewöhnt, daß auf den Parteitagen uns immer eine Sache beschäftigt, die von dort her kommt", nämlich die Auseinandersetzungen zwischen "Rechten" und "Linken". Jedenfalls war die württembergische Landtagsfraktion die erste, in der sich Unabhängige von der Partei abspalteten. Zwar hatte Blos sich aus der praktischen Parteilarbeit der letzten Jahre herausgehalten, doch war er kein Unbekannter. Genau diese Tatsache war aber für seine Berufung als Chef der neuen Regierung am 9. November 1918 entscheidend.

Die erste Regierung Blos aus SPD und USPD war erst zwei Tage im Amt, als sie um Vertreter der bürgerlichen Parteien erweitert wurde. Sowohl SPD als auch USPD waren der Meinung, daß in Württemberg nicht auf die Beteiligung der anderen Parteien verzichtet werden könne. Zu den delikatesten Aufgaben der neuen Regierung gehörte die Abgrenzung der Kompetenzen mit den Arbeiterräten, die vier Wochen nach dem Antritt der Regierung ihre erste Landesversammlung abhielten. Obwohl Blos dem Rätegedanken fernstand, arbeitete er so gut mit den Räten, daß Kritik aus der eigenen Partei kam. Manche wollten ihn in eine linke Ecke drängen, in die er nun wahrlich nie paßte. Es war das Verdienst von Blos, daß in Württemberg allgemeine, freie Wahlen schon eine Woche vor dem Termin der Reichstagswahlen stattfanden, also am 12. Januar 1919, und dies mit Zustimmung der Räte. Als bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung die Sozialdemokraten mit 52 Mandaten die weitaus stärkste Partei wurden, wurde die Regierung Blos parlamentarisch bestätigt. Im Vorgriff auf die Verfassung wurde Blos am 7. März 1919 zum Staatspräsidenten gewählt. Aber schon nach den Juniwahlen 1920, bei denen die gespaltenen Sozialdemokraten nur noch 17 bzw. 14 von 101 Sitzen gewannen, beschloß der Landesvorstand gegen den Willen von Blos, aus der Regierung auszutreten.

Blos, der sich an den Debatten in der Partei nicht beteiligte, damit niemand meine, er klebe an seinem Amt, zog sich nun endgültig ins Privatleben zurück. Der Groll zwischen Blos und der Partei blieb, so daß Anna Blos schon während der tödlichen Krankheit ihres Mannes im Sommer 1927 kurzerhand erklären konnte, an seinem Grabe seien zwar die Genossen aus dem Wahlkreis Braunschweig willkommen, nicht aber die der württembergischen Organisation. Erst zwei Jahre später durften auch die Freunde aus dem Lande Wilhelm Blos bei der Einweihung des Grabmals würdigen.

(-/6.7.1977/bgy/lo)

+ + +

Denn sie wissen nicht, was sie tun

Wir brauchen eine umfassende entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Von Günter Schluckebier MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Jahren sind sich alle Fraktionen im Deutschen Bundestag einig, daß vom Steuerzahler nur dann Einsicht in die Notwendigkeit des fairen Ausgleichs mit den Ländern der Dritten Welt erwartet werden kann, wenn er gleichzeitig erfährt, warum dies auch in seinem eigenen und im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt. Dies wird heute nicht nur von der Opposition erschwert, die auch in diesem Jahr wider besseres Wissen die Kürzung der Mittel für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit gefordert hat, sondern auch von einer gewissen Massenpresse, die in unverantwortlicher Weise längst widerlegte Vorurteile gegen die deutsche Entwicklungspolitik aufputscht.

Aus diesen Gründen, aber auch wegen der fehlenden Einbindung wichtiger Gruppen und Verbände in unserem Lande sollte die als Bildungsaufgabe verstandene entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit nicht länger praktisch allein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit getragen werden. Es wäre zu überlegen, die legitime und notwendige Selbstdarstellung der von der Bundesregierung gestalteten Beziehungen zur Dritten Welt einerseits und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit andererseits institutionell voneinander zu etrennen. Mehr als bisher sollten relevante und an den Problemen der Dritten Welt interessierte Gruppen und Verbände in unserer Gesellschaft darin einbezogen werden, und zwar als Träger einer Organisation für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wie als Initiatoren von Informationsprojekten, die von dieser Organisation unterstützt würden. Als Träger einer solchen Organisation, die beispielsweise "Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildungsarbeit" heißen könnte, kämen Gruppen und Verbände, aber auch Einzelpersonen in Frage, die

- über praktische entwicklungspolitische Erfahrung verfügen;
- in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit eine ihrer Aufgaben sehen;
- als Multiplikatoren wirken können.

Dabei wären vor allem die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände und die Kirchen anzusprechen, aber auch Organisationen, die in ihren Zwecken oder ihren Zielgruppen wesentlich stärker spezialisiert sind: Verbraucherverbände, Pressevereinigungen und wissenschaftliche Institute, die sich mit Fragen der Dritten Welt befassen. Eine finanzielle Beteiligung dieser Träger an den Kosten der Gesellschaft wäre nicht ohne Probleme; eines davon wäre sicherlich das Be-

streben, zumindest den eigenzahlten Anteil wieder "herauszuschlagen" und die Projekte von außenstehenden Initiatoren zu diskriminieren.

Eine breite Basis für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit kann dadurch hergestellt werden, daß eine solche "Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildungsarbeit" keine eigene Informationspolitik treibt, sondern Projekte fördert, die der Information und Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit in Fragen des Zusammenhangs zwischen den Problemen der Dritten Welt und unserer eigenen Gesellschaft dienen. Dies hat aber nur dann Sinn, wenn man sich nicht auf Vorhaben beschränkt, die von den einzelnen Trägern der Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildungsarbeit durchgeführt werden, sondern vor allem kleinere und örtlich begrenzte Gruppen und Initiativen berücksichtigen. Auf diese Weise ist eine größere Bürgernähe und eine breitere Themenstellung möglich als durch die Konzentration einer aktiven Informationspolitik auf eine einzelne Organisation. Allerdings müßten die Projekte, die aus Mitteln der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit gefördert werden sollen, einige Qualitätsmerkmale erfüllen, beispielsweise:

- Darstellung von Zusammenhängen, Ursachen und Mechanismen unserer Beziehungen zur Dritten Welt auch am Beispiel konkreter Einzelprobleme;
- eine möglichst genaue Definition der vorgesehenen Zielgruppen, die genügend gesellschaftliche Bedeutung haben müssen;
- die Möglichkeit der Sicherstellung der Finanzierung für die Weiterführung des Projektes auch nach Beendigung seiner Förderung durch die Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildungsarbeit, oder die Möglichkeit sinnvoller Anschlußaktionen;
- Eigenanteil der Projektinitiatoren in Form von Geld oder ehrenamtlicher Tätigkeit.

Zur Erfolgskontrolle werden Berichte über die einzelnen Projekte herangezogen. Sie müßten in bestimmten Stadien der Projekte vorgelegt werden; von ihrer Prüfung wäre die Auszahlung der einzelnen Raten der bereitgestellten Mittel abhängig. Dabei muß aber vermieden werden, daß die Öffentlichkeitsarbeit in eine bestimmte, von der Gesellschaft und ihren Trägern gewünschte Richtung gesteuert wird. Vielmehr soll die Öffentlichkeit in die Lage versetzt werden, sich auch im Bereich der Entwicklungspolitik qualifiziert zu artikulieren.

(-/6.7.1977/vo-he/gat)